



Federführung: Amt für Innere Dienste
Bearbeiter: Axel Heine

Datum: 30.08.2018
AZ: I.1

Vorlage Nr.: 051/2018
öffentlich

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Ö	NÖ	TOP	Abstimmungs- ergebnis		abge- lehnt	abge- setzt
					ein- stimmig	Mehr- heits- beschluss		
Verwaltungsausschuss	22.11.2018							
Rat der Stadt Langelsheim	29.11.2018							

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes

Fusionsverhandlungen mit der Samtgemeinde Lutter am Bbg.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Langelsheim nimmt Verhandlungen mit der Samtgemeinde Lutter am Bbge. über den Zusammenschluss zu einer Einheitsgemeinde zum 01.11.2021 auf.

Sachverhalt:

Aufgrund einer Bitte der Samtgemeinde Lutter am Bbge. vom 23.01.2014 haben mehrere Gespräche mit der Samtgemeinde Lutter stattgefunden. Nach Ansicht der Samtgemeinde Lutter am Bbge. sollten die parallel auch mit der Stadt Seesen und der Gemeinde Liebenburg geführten Gespräche anschließend ausschließlich mit der Stadt Langelsheim fortgesetzt werden. Nach dortiger Ansicht sind die Gemeinsamkeiten/Schnittmengen mit der Stadt Langelsheim am größten.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Langelsheim hat am 27.04.17 zur Steuerung des Gesprächsprozesses die Bildung einer Lenkungsgruppe beschlossen. Die Lenkungsgruppe nahm am 08.06.17 ihre Arbeit auf. In insgesamt neun Sitzungen (zuletzt am 01.03.18) wurden insgesamt 33 Themenschwerpunkte diskutiert. Als Ergebnis dieser Sitzungen bleibt festzustellen, dass die Chancen einer größeren Gemeinde gegenüber den Risiken einer Fusion überwiegen.

Neben der Lenkungsgruppe wurden am 18.08.17 alle Rats- und Ortsratsmitglieder beider Kommunen zu einer Auftaktveranstaltung in die Oberschule Langelsheim eingeladen. Die in mehreren Kleingruppen erarbeiteten Themen erbrachten ganz überwiegend eher Chancen, als dass Risiken gesehen wurden.

Ein Zusammenschluss aus der Stadt Langelsheim und der Samtgemeinde Lutter hätte zurzeit ca. 15.500 Einwohner/innen und eine Größe von 108,6 km². Haushaltsvolumina als auch Verschuldung sind entsprechend der Einwohnergröße sehr ähnlich. Das gilt auch für die Steuerhebesätze. Beide Kommunen erheben keine Straßenausbaubeiträge.

Den nun anstehenden Verhandlungen bleibt der Entwurf eines Fusionsvertrages mit konkreten Regelungen vorbehalten. Diese Verhandlungen müssen spätestens bis zum Ende des 1. Quartals

2020 abgeschlossen sein, um einen zwingend vorgeschriebenen Prozess zur Verabschiedung eines Gesetzes durch den Landtag des Landes Niedersachsen zu ermöglichen. Ziel ist eine Fusion mit Wirkungen vom 01.11.2021 (zeitgleich mit dem Beginn der nächsten allgemeinen Wahlperiode).

Die bisherigen Gespräche haben u. a. zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Beide Kommunen sind sich einig, dass im Falle einer Fusion die Bildung einer Einheitsgemeinde erfolgt.
2. Fusionsbedingte Kündigungen soll es nicht geben.
3. Es ist mit höheren jährlichen Schlüsselzuweisungen zu rechnen (ca. 500.000 €)
4. Es wird eine einmalige kapitalisierte Bedarfszuweisung in Höhe von ca. 750.000 € in Aussicht gestellt.
5. Wegfall einer Stelle eines Hauptverwaltungsbeamten.
6. Bedarfsgerechter Erhalt der Kita- und Schulstandorte.
7. Bedarfsgerechte Öffnungszeiten eines „Bürgerbüros“ im Rathaus Lutter
8. Bedarfsgerechter Erhalt der Ortsfeuerwehren.
9. Bedarfsgerechte Unterstützung der Freibad- und Fremdenverkehrsvereine
10. Erhalt des Status „staatlich anerkannter Luftkurort“ in der Bergstadt Lautenthal und in Wolfshagen im Harz.

Perspektivisch könnten sich darüber hinaus folgende Effekte einstellen:

1. Bessere Personalgewinnung.
2. Effektivere Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Finanzverwaltung/Kämmerei und der Kita-Verwaltung.
3. Synergieeffekte durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung im Bereich Bauamt/Bauhof
4. Synergieeffekte durch gemeinsame Nutzung von EDV-Systemen/EDV-Programmen und der Digitalisierung.
5. Entwicklung von Industrie-/Gewerbeflächen entlang der B 82.

Naturgemäß könnten künftige Herausforderungen in einem größeren Gemeindegebiet liegen. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass nach übereinstimmender Einschätzung beide Kommunen derzeit ihre Aufgaben auch in den unterschiedlich großen Gebieten erledigen.

Weitere finanzielle Anreize/Förderungen durch das Land Niedersachsen sind zurzeit nicht eingeplant. Gleichwohl laufen weiterhin Gespräche in diese Richtung.

Der aktuelle Stand der Gespräche wurde den Ortsräten vorgestellt:

- Wolfshagen im Harz am 12.09.18 (30 Zuhörer/innen),
- Bredelem am 17.09.18 (18 Zuhörer/innen),
- Bergstadt Lautenthal am 25.09.18 (30 Zuhörer/innen),
- Astfeld am 18.10.18 (21 Zuhörer/innen) und
- Langelsheim am 23.10.18 (7 Zuhörer/innen).

Darüber hinaus hat am 08.11.18 eine Informationsveranstaltung in der Oberschule Langelsheim stattgefunden. Daran nahmen 63 Einwohner/innen teil.

Die Ortsräte Wolfshagen im Harz, Bredelem und Astfeld empfehlen die Fortführung der Gespräche, der Ortsrat Bergstadt Lautenthal lehnt dies ab und der Ortsrat Langelsheim hat keinen empfehlenden Beschluss gefasst, da die Abstimmung ein unentschiedenes Ergebnis erbrachte.

Die gebildete Lenkungsgruppe sollte mit gleicher Besetzung und Aufgabenzuweisung erhalten bleiben. Daneben wird es erforderlich sein, auf Verwaltungsebene weitere Gespräche zu führen. Auch die Bildung von Unterarbeitsgruppen war bereits thematisiert worden, was bis jetzt allerdings nicht erforderlich war.